

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

12.07.2022

Inhalt

EWN

1 Fachkräftekampagne startet in Boltenhagen <i>Ostsee-Zeitung - Wismarer Zeitung, 12.07.2022</i>	3
2 Endgültiges Atom-Aus? “Gibt keine Probleme, die nicht mit Geld lösbar wären” <i>WELTplus, 11.07.2022</i>	5

📰 Ostsee-Zeitung - Wismarer Zeitung | 12.07.2022 | S. 15

📄 Auflage: 11.580 | Reichweite: 33.099

👤 Malte Behnk

FACHKRÄFTEMANGEL

Fachkräftekampagne startet in Boltenhagen

Wirtschaftsförderung und Bildungsministerium werben in Urlaubsorten

Der bundesweite Fachkräftemangel in fast allen Bereichen der Wirtschaft macht auch vor Mecklenburg-Vorpommern nicht halt. Im nordwestlichsten Landkreis werden jetzt speziell Urlauber angesprochen, ob sie sich vorstellen können, hier im Land zu leben und zu arbeiten. Das Welcome Service Center, das zur Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordwestmecklenburg gehört, hatte dazu in Boltenhagen kurz vor der Seebrücke an prominenter Stelle seinen Infostand aufgebaut.

Schon im vierten Jahr wirbt das Welcome Service Center in Urlaubsorten, um neue Fachkräfte nach Nordwestmecklenburg zu holen. „Wir haben analysiert und herausgefunden: Menschen entscheiden sich oft im Urlaub zu einem Jobwechsel“, sagt Martin Kopp, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, der es wichtig ist, Fachkräfte aus unterschiedlichen Bereichen zu gewinnen. Gestern sprach das Team vor allem junge Familien zwischen Kurhaus und Seebrücke an.

Mit dabei waren zum Auftakt auch Mecklenburg-Vorpommerns Bildungsministerin Simone Oldenburg (Die Linke) mit der stellvertretenden Schulamtsleiterin und Mitarbeitern des Bildungsministeriums. „Etwa 600 Lehrkräfte brauchen wir in diesem Jahr, um den Bedarf zu decken, und wir werden noch weitere benötigen“, sagte Oldenburg. Dazu sei es auch notwendig, Quereinsteiger aus Wirtschaft oder Handwerk davon zu überzeugen, zu unterrichten. „Wir stehen hier auch mit der stellvertretenden Schulrätin, Katrin Ohlsen, die direkt am Stand erklären kann, wie man sich bewirbt und offene Fragen klärt“, so die Ministerin.

„Im Fokus stehen für uns junge Familien“, sagt Anne-Juliana Bunkelmann vom Team des Welcome Service Centers. „Aus unserer Aktion im vergangenen Jahr haben auch ein paar Familien schon hier Fuß gefasst, eine Wohnung und Kita gefunden“, sagt sie. Interessenten, die in Nordwestmecklenburg arbeiten wollen,

unterstützt das Welcome Service Center in allen Bereichen. „Das beginnt bei der Stellenvermittlung und den Bewerbungsschreiben und geht weiter über die Wohnungssuche bis hin zu Plätzen in Kita und Schule“, fasst sie den Service des Centers zusammen. Studierende für den Lehrerberuf gebe es an den Hochschulen im Land genug, so Simone Oldenburg. „Es beenden aber zu wenige ihr Studium. Etwa 50 Prozent fürs Gymnasium und die Grundschule brechen ab, für Lehrkräfte an Regionalschule und Berufsschule brechen sogar 80 Prozent ab“, sagt sie.

Boltenhagens Bürgermeister Raphael Wardecki (Grüne) freut sich, dass die Werbekampagne im Ostseebad gestartet wurde. Dort ist der Werbestand noch heute aufgebaut. In Boltenhagens Grundschule gibt es derzeit keinen großen Personalmangel. „Wir sind immer auf der Suche, konnten aber dank einiger Bewerbungen jetzt Stellen besetzen“, sagt Wardecki. Er sieht den großen Mitarbeitermangel in den Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben im Ostseebad sowie in Verwaltungen. „Hier zu arbeiten und zu wohnen, bietet Lebensqualität. Man kann zum Beispiel am Feierabend direkt zum Strand“, sagt Wardecki, der selber aus Detmold nach Boltenhagen gezogen ist.

Allerdings mangelt es auch in Boltenhagen derzeit an Wohnraum für neue Lehr- und Arbeitskräfte. Momentan müssten sie sich im Umland eine Wohnung, ein Haus oder ein Grundstück suchen. „Das ist ein Problem, das viele Seebäder im MV haben“, sagt Tom Michael Scheidung, Staatssekretär des Bildungsministeriums. Boltenhagen will aber mehr Wohnraum schaffen. „Dazu hat die Gemeinde jetzt Flächen für ein Baugebiet am Ortseingang, den Bebauungsplan 38, gekauft“, so der Bürgermeister. Geplant werde daran schon seit elf Jahren und die Gemeinde wolle das Wohngebiet jetzt selber entwickeln.

Am Mittwoch stehen die Teams vom Bildungsministerium und vom Welcome Service Center Am Schwar-

zen Busch auf der Insel Poel. Am Donnerstag und Freitag sind sie in Wismar im Alten Hafen. Auch dort werden vor allem jüngere Urlauber angesprochen. Malte Behnk

”Wir haben analysiert und heraus- gefunden: Menschen entscheiden sich oft im Urlaub zu einem Jobwechsel.” - Martin Kopp, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft

Zitat-Text:

WELTplus | 11.07.2022 | S. 09:45:45

👤 Daniel Wetzel

🔗 WEBLINK

ENERGIEKRISE

Endgültiges Atom-Aus? “Gibt keine Probleme, die nicht mit Geld lösbar wären”

Nach der Ablehnung längerer Atomlaufzeiten ist die Chance zur Nutzung der CO₂-freien Energiequelle vorerst versperrt. Und im kommenden Jahr gäbe es aus technischen Gründen gar keinen Weg mehr zurück. Die Firmen stürzen sich in ihrer Verzweiflung derweil auf eine zweifelhafte Ausweichtechnik.

Sollten Historiker in ferner Zukunft einmal den Weg Deutschlands in die Energiearmut nachzeichnen, dürfte dabei wohl zwei Ereignissen der vergangenen Woche eine symbolische Bedeutung zukommen. Zunächst, am Samstag voriger Woche, empfahl der für die Energiewende zuständige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Patrick Graichen, den deutschen Unternehmen wegen der sich rasch entwickelnden Energiekrise tatsächlich die Anschaffung von Diesel-Notstromaggregaten.

Nur fünf Tage später reagierte der Deutsche Bundestag auf diesen energiepolitischen “Offenbarungseid”, wie es der CSU-Abgeordnete Stephan Pilsinger nannte. Schließlich war auch der Strompreis am Terminmarkt inzwischen auf mehr als 320 Euro pro Megawattstunde geschossen - siebenmal höher als vor der Krise. Deshalb hatte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag beantragt, die Laufzeitverlängerung der letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland “zur Abwendung einer Mangellage” zu beschließen.

Dass die Preisexplosion und die regierungsamtliche Kaufempfehlung für Notstromaggregate mit einem dramatischen Energienotstand zu tun haben könnten, war eine naheliegende Schlussfolgerung. Doch der Bundestag zog sie nicht: Der Antrag der Union zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke wurde mehrheitlich abgelehnt.

Dass die Union keine Mehrheit im Parlament finden würde, war vorherzusehen. Zwar hatten sich FDP-Politiker zuvor offen für eine Laufzeitverlängerung gezeigt. Doch die Ampel-Partei durfte in dieser heiklen Frage nicht mit der Opposition stimmen, wenn sie nicht die gesamte Regierungskoalition gefährden

wollte.

Dies wissend, hatte die Union darauf bestanden, namentlich über die Atomfrage abstimmen zu lassen: Dieser Appell an das Verantwortungsbewusstsein des einzelnen Abgeordneten ging mit einer latenten Drohung einher: “Wir wollen in namentlicher Abstimmung dokumentiert wissen, wer dafür Verantwortung trägt, falls es zum Engpass kommt.”

Aufwendig, aber lösbar

Jetzt hat der Souverän gesprochen. Die Chance zur Nutzung der CO₂-freien, grundlastfähigen Energiequelle ist vorerst dahin - wenn auch nicht zwingend für alle Zeiten. Falls es Ende Juli zu einem vollständigen, zeitlich unbefristeten Gaslieferstopp Russlands kommt, wie die Bundesregierung derzeit fürchtet, dürften die Auswirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft so gravierend sein, dass der Ruf nach der Atomkraft doch noch einmal laut wird - und diesmal vielleicht auch eine irgendwie noch gesichtswahrende Zustimmung von Grünen-Regierungspolitikern bekommt.

Die sechs zuletzt abgeschalteten deutschen Atomkraftwerke könnten dann immer noch reaktiviert werden, da sie ihre Betriebsgenehmigung noch nicht verloren haben. Der Aufwand wäre zwar hoch: Brennstäbe müssten in Auftrag gegeben, Betriebsprüfungen nachgeholt, der Personalstand gesichert werden.

Doch nach einem Gutachten des TÜV Süd und der Aussage weiterer Kernkraftexperten wäre all das leistbar, wenn nur der politische Wille da wäre. “Es gibt da keine Probleme, die nicht mit Geld lösbar wären”,

sagt der Atomkraftbefürworter Björn Peters vom Arbeitskreis Energie & Naturschutz (AKEN): "So, wie sich die Strompreise gerade entwickeln, lohnt sich der Aufwand auf jeden Fall."

Bleibt es aber beim gesetzlichen Abschaltdatum 31. Dezember 2022, wäre im kommenden Jahr irgendwann der "Point of no return" erreicht, warnt der Betreiberverein Kerntechnik Deutschland (KernD). Dann wären die letzten deutschen Atomkraftwerke nicht mehr zu reaktivieren.

Denn die AKW-Betreiber wären dann rein rechtlich gezwungen, mit den Vorbereitungen des Rückbaus der Meiler zu beginnen. Dazu gehört etwa die Dekontamination des Primärkreislaufs: eine Art Spülung radioaktiver Röhren. Für den Rückbau aber müsste diese Spülung so intensiv erfolgen, dass die Röhren dabei zerstört werden. Ein Wiederanfahren der Atomkraftwerke wäre danach nicht mehr denkbar.

Run auf Aggregate

In der Wirtschaft, gerade der mittelständischen, wächst das Unverständnis über das Atom-Aus. "Wir sind akut in der Existenz bedroht", sagt Michael Saier, Chef der Saier Dosiertechnik GmbH in Gundelfingen. "Es hätte schon längst konsequent der Weiterbetrieb der bereits abgeschalteten Kernkraftwerke in die We-

ge geleitet werden müssen."

Dass Staatssekretär Graichen den Unternehmen rät, Diesel-Notstromaggregate zu kaufen, sei "der Gipfel des Ganzen", zürnt der Firmenchef: "Und das in der gleichen Woche, in der die EU-Umweltminister den Ausstieg aus den Verbrennermotoren beschlossen haben."

Bei anderen Mittelständlern klingeln die Kassen: den Herstellern von Notstromaggregaten. Marktführer Scheppach aus Ichenhausen hatte aus reinem Zufall für den Montag nach Graichens Kaufempfehlung eine Verkaufsaktion bei Aldi gestartet. Der Scheppach SG2500i Inverter-Stromerzeuger mit 2000 Watt Spitzenleistung wurde für 399 Euro feilgeboten.

"Wir hatten für eine drei- bis vierwöchige Aldi-Aktion mit mehreren Tausend Geräten geplant", sagt Scheppach-Manager Serdar Eraslan: "Aber schon Montagmorgen um 10.30 Uhr war alles ausverkauft."

Der Run auf die Notstromaggregate lässt seither nicht nach, inzwischen rufen eBay- und Amazon-Händler mehrfach täglich an und nehmen selbst die teuren Geräte zum Stückpreis von mehr als 1000 Euro sofort ab. Weitere Notstromaggregate zur Sicherung der deutschen Stromversorgung hat Scheppach schon bestellt, sagt Eraslan - beim Hersteller in China.